

## Die Logik von Wahlrecht und Wahlpflicht

### Zur Neubelebung der Demokratie durch Wahlrechtsreformen

Bürger demokratischer Staaten sollten regelmäßig von Ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, so die immer noch herrschende Meinung. Einer der historischen Hintergründe ist, dass das Wahlrecht als Geschenk an die Bürger betrachtet wurde, für das diese sich durch aktives Wählen erkenntlich zeigen sollen. Wählen war und ist aus dieser Sicht eine moralische Bürgerpflicht, und hierüber bestand lange Zeit auch weitgehender Konsens. Nicht wenige Staaten gingen sogar so weit, aus dieser moralischen Pflicht eine gesetzliche zu machen. Noch immer gibt es - mit Ausnahme von Nordamerika - auf allen Kontinenten mehrere Staaten, in denen gesetzliche Wahlpflicht herrscht. Nicht in allen diesen Staaten wird die Verletzung der Wahlpflicht aber sanktioniert, und wo dies der Fall ist, ist die Strafe eher symbolischer Natur. Insofern ist die gesetzliche Wahlpflicht in ihrer bestehenden Form kaum mehr als die förmliche Mahnung, der unterstellten moralischen Wahlpflicht tatsächlich nachzukommen.

Auch die moralische Wahlpflicht zeigt aber in jüngerer Zeit immer weniger Wirkung. Die Zahl der Nichtwähler steigt im langfristigen Trend, und es gibt mittlerweile gesellschaftliche Kreise, in denen das Nichtwählen geradezu milieutypisch geworden ist. Für viele Nichtwähler ist das Nichtwählen Überzeugungssache geworden und damit eine bewusste Zurückweisung der moralischen Wahlpflicht. Der überzeugte Nichtwähler will ein politisches Signal geben, das er als Wähler nicht geben könnte: das Signal, dass keine der zur Wahl stehenden Alternativen seine Stimme verdient. Wo es bei Wahlen um politische Parteien geht, ist dies auch ein Signal der Skepsis gegenüber dem Parteienstaat. Solche Skepsis zumindest durch Nichtwählen kundtun zu können ist ein elementares Bürgerrecht, das die Bürger vieler demokratischer Staaten sich nicht widerstandslos würden nehmen lassen.<sup>1</sup> Gegen die zunehmende Wahlmüdigkeit könnte daher eine gesetzliche Wahlpflicht so wenig ausrichten wie die angenommene moralische.

Dieser Zustand ist natürlich für alle am politischen Prozess Beteiligten unbefriedigend. Dass die Bürger als Wähler aussagekräftige Wahlergebnisse hervorbringen, ist eine der Grundlagen leistungsfähiger Demokratie. An aussagekräftigen Wahlergebnissen sollte daher allen Bürgern und allen politischen Akteuren gelegen sein. Wenn die Bürger dennoch immer weniger und zugleich immer lustloser wählen, dann liegt dies auch daran, dass sie an die Aussagekraft von Wahlergebnissen immer weniger glauben. Dann werden ihnen bei Wahlen

---

<sup>1</sup> S. hierzu auch B. Wehner, *Die Logik des Nichtwählens*, in [www.parteien-stop.de](http://www.parteien-stop.de): [http://www.reformforum-neopolis.de/files/die\\_logik\\_des\\_nichtwaehlens.pdf](http://www.reformforum-neopolis.de/files/die_logik_des_nichtwaehlens.pdf).

---

Fragen gestellt, deren Beantwortung ihnen nutzlos, unmöglich oder sogar schädlich erscheint.

Wenn aber ein Großteil der Bürger so negativ über das Wählen denkt, dann ist damit das legitimatorische Fundament der Demokratie schon stark geschwächt. Beim geltenden Wahlverfahren kann die Demokratie dann keine Aura der Alternativlosigkeit mehr behaupten, nicht durch moralische Appelle und erst recht nicht durch gesetzlichen Zwang. Daran ändert nichts, dass in Ausnahmesituationen Wahlen herkömmlicher Art doch immer wieder als notwendig und sinngesamt und Wahlergebnisse als aussagekräftig erlebt werden, in Situationen z.B., in denen es Mehrheiten für instinktgetriebene politische Populisten zu verhindern gilt. Wenn Bürger nur noch in solchen Ausnahmesituationen von der Notwendigkeit des Wählens überzeugt sind, bringen sie für ihre Demokratie allenfalls noch teilnahmslose Billigung auf.

#### *Ein anderes Wahlverfahren*

Wie aber ließen sich demokratische Wahlverfahren gestalten, die das legitimatorische Fundament der Demokratie wieder stärken? Welche Wahlverfahren könnten der moralischen Wahlpflicht neue Plausibilität verleihen? Welche Aussagekraft müssten künftige Wahlergebnisse entfalten, um die Bürger wieder für das Wählen zu begeistern? Und wie könnte das Wahlrecht konkret umgestaltet werden, damit Wahlen diese Aussagekraft gewinnen?

Hierauf gibt es keine ort- und zeitlose, vom Entwicklungsstand des politischen Bewusstseins unabhängige Antwort. In frühen Demokratien erschien das herkömmliche Wahlverfahren den Bürgern offenbar hinreichend aussagekräftig, und in manchen schwach entwickelten Demokratien der Gegenwart mag dies noch immer so sein. Je komplexer aber die politischen Aufgabenlandschaften werden, desto schwerer lässt sich aus den Ergebnissen herkömmlicher Wahlen politische Orientierung ableiten. Mit dieser Orientierungsarmut ringen Akteure, Berater und Beobachter des politischen Geschehens, auch die Medien und die einschlägigen Wissenschaften, gleichermaßen. Aber auch für die Wähler selbst bleibt der mit Wahlen gewiesene Weg durch das politische Problemfeld unter den herrschenden Bedingungen allzu diffus. Selbst bescheidene Ansprüche an die Aussagekraft von Wahlen sind unter solchen Bedingungen nicht mehr erfüllbar.

Dies ist ein Grundsatzproblem der herkömmlichen Demokratie, das sich allein mit Wahlrechtsreformen nicht lösen lässt. Wahlrechtsreformen könnten die Demokratie aber auf einer ganz anderen Ebene revitalisieren helfen. Sie könnten dafür sorgen, dass Wahlergebnisse nicht nur numerische Wahlgewinner und -verlierer ausweisen, sondern weit darüber hinaus ein Bild von der politischen Bewusstseins-, Stimmungs- und Bedürfnislage der Bürger zeichnen, von der Stärke beispielsweise und von der Richtung und Intensität ihres eventuellen Reformwillens.

Solche zusätzlichen Signale würden die Bürger nicht nur an die politischen Akteure richten, sondern auch aneinander. **Wähler würden einander darüber aufklären, ob sie ihre Stimme mit Überzeugung abgeben oder mit starken oder mit schwachen Bedenken.**

---

**Zähneknirschende Wähler würden also ihr Zähneknirschen bekunden können und auch dessen Intensität. Auch Wahlunwillige würden wichtige neue Signale geben. Manche würden bekunden, dass ihnen das Wahlergebnis egal ist. Andere, dass sie mit einer Wahlentscheidung überfordert wären. Wieder andere, dass sie alle zur Wahl stehenden Alternativen ablehnen, dass ihre Stimme also eine so genannte Proteststimme ist.<sup>2</sup>**

Wenn dies alles möglich wäre, wenn also bei Wahlen nicht nur Stimmen für Parteien und Kandidaten gezählt würden, sondern wenn Wahlergebnisse auch Phänomene wie Protesthaltung, Zähneknirschen, Gleichgültigkeit und Überforderung der Wähler abbildeten, dann wäre dies ein Meilenstein der Demokratieentwicklung. Es wäre ein hoch bedeutsamer Schritt und doch ein denkbar einfacher. Es bedürfte, wie die untenstehende Abbildung zeigt, nur eines um ein paar Zeilen und Spalten erweiterten Wahlzettels.<sup>3,4</sup>

#### *Auswirkungen auf den politischen Prozess*

Derart erweiterte Wahlaussagen würden Grundlegendes zur politischen Willensbildung beitragen. Sie würden allen Politikbeteiligten ein differenzierteres und plastischeres Bild von der politischen Meinungslandschaft geben, als es bisher möglich schien. Die Gewählten wüssten, wie stark oder schwach ihre Legitimationsbasis wirklich ist. Die Medien wüssten, auf welche Schwachstellen der Legitimationsbasis sie ihr kritisches Augenmerk besonders zu richten hätten. Die Bürger schließlich wüssten, ob und inwieweit sich politische Kräfte abseits der herrschenden Parteien- und Kandidatenlandschaft entwickeln könnten. Sie könnten daraus z.B. schließen, ob, wie und in welchen Angelegenheiten zivilgesellschaftliches Engagement aussichtsreich wäre, das auf einen Wandel der Politik oder auch der politischen Ordnung hinwirkt. Dies würde die Bereitschaft zu zivilgesellschaftlichem Engagement stärken und ihm auf neue Weise Orientierung geben. Darüber hinaus würde hierdurch der politische Wettbewerb wesentlich intensiviert und würde Verkrustungen der politischen Meinungs- und Parteienlandschaft entgegenwirken.

Wenn all dies möglich wäre, wenn also Wähler einander, den politischen Akteuren, Beratern und Beobachtern ein solch plastisches und differenziertes politisches Meinungsbild zeichnen könnten, dann gewönne das Wählen für die Bürger neuen, erweiterten Sinn, und dann wäre

---

<sup>2</sup> Zum Konzept der Proteststimme s. die einschlägige Rubrik in [www.parteien-stop.de](http://www.parteien-stop.de): <http://www.parteien-stop.de/parteien-stop/home/-proteststimme-die-forderung.html>.

<sup>3</sup> Zur Neustrukturierung von Wahlzetteln und deren Auswertung für veröffentlichte Wahlergebnisse s. auch <http://www.parteien-stop.de/parteien-stop/home/-proteststimme-die-forderung.html>.

<sup>4</sup> Bestehende demokratische Organe werden sich allerdings selbst mit einer so überschaubaren Reform sehr schwer tun. Hubertus Buchstein schlägt daher die Einrichtung einer für Wahlrechtsreformen zuständigen eigenständigen gesetzgebenden Institution vor (Hubertus Buchstein, *Lostrommel und Wahlurne - Losverfahren in der parlamentarischen Demokratie*. Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2/2013, S. 403.) S. hierzu auch <http://www.parteien-stop.de/parteien-stop/home/-ein-anderer-einstieg.html>.

die Motivation zu wählen erheblich gestärkt. Ebenso würde dann aber auch der Sinn des Nichtwählens und damit die Motivation zum Nichtwählen schwinden. Nichtwähler wären dann dem berechtigten Vorwurf ausgesetzt, die Aussagekraft von Wahlen und damit die politische Willensbildung zu verfälschen und einen fälligen politischen Wandel möglicherweise zu behindern. Sie würden insofern moralische Schuld auf sich laden.

### Musterentwurf Pflicht-Wahlzettel

|   |             |            |                    |
|---|-------------|------------|--------------------|
| <b>Keine Partei</b><br>soll meine Stimme bekommen                 |             |            |                    |
|   | überzeugend | akzeptabel | ein kleineres Übel |
| <b>Deutsche Mitte</b>   |             |            |                    |
| <b>Demokratische Linke</b>  |             |            |                    |
| <b>Republikanische Rechte</b>                                     |             |            |                    |
| <b>Die Gelben</b>   |             |            |                    |
| <b>Die Blauen</b>   |             |            |                    |
| <b>Die Alternativen</b>   |             |            |                    |
| Ich fühle mich <b>überfordert</b> und kann mich nicht entscheiden |             |            |                    |
| Mir ist es <b>egal</b>  |             |            |                    |

Umgekehrt gälte bei einem solchen Wahlrecht dann auch, dass Wähler eine moralische Pflicht erfüllen. Das Wahlrecht würde damit eine neue, erstmals schlüssige Begründung der moralischen Wahlpflicht liefern. Wenn es aber eine wirklich schlüssige moralische Wahlpflicht gäbe, dann würde nichts mehr gegen eine auch gesetzliche Wahlpflicht sprechen. Diese würde dann nicht dazu verpflichten, seine Stimme einem Kandidaten oder einer Partei

---

zu geben, sondern nur dazu, gegebenenfalls seinen Protest, seine Gleichgültigkeit, seine Überforderung oder sein Zähneknirschen mit dem Stimmzettel kundzutun.

Die Wahl- und Demokratiemüdigkeit vieler Bürger hat bisher ganz andersartige politische Reflexe ausgelöst, darunter das Ansinnen, über wichtige politische Sachfragen Volksentscheide abhalten zu lassen. Dabei wird aber zumeist übersehen, dass Volksentscheide der Entscheidungskompetenz von Politik nur in sehr speziellen Belangen zuträglich sind.<sup>5</sup> Mit einer radikalen Neugestaltung des Wahlrechts ließe sich die Demokratie viel nachhaltiger und erfolgreicher revitalisieren.

Ihre bestmögliche Wirkung würde eine solche Wahlrechtsreform allerdings erst in einem vorneokratischen Kontext entfalten, d.h. nach Einführung einer so genannten systemoffenen Verfassung.<sup>6</sup> Trotzdem muss die Wahlrechtsreform vorrangiges Ziel jeder Demokratiereform sein. Denn erst wenn nach neuen Verfahren gewählt wird, können von Wahlen gezielte Impulse für weitergehende Demokratiereformen ausgehen.

03- 2014

[www.reformforum-neopolis.de](http://www.reformforum-neopolis.de)  
[www.neokratieverfassung.de](http://www.neokratieverfassung.de)  
[www.parteien-stop.de](http://www.parteien-stop.de)  
[www.neopolis.info](http://www.neopolis.info)

---

<sup>5</sup> S. hierzu B. Wehner, *Die Logik der Volksentscheide. Wo nützt direkte Demokratie den Bürgern?*, [http://www.neopolis.info/files/logik\\_der\\_volksentscheide.pdf](http://www.neopolis.info/files/logik_der_volksentscheide.pdf) .

<sup>6</sup> Zum Begriff der systemoffenen Verfassung s. z.B. das Glossar in [www.neopolis.info](http://www.neopolis.info): <http://www.neopolis.info/neopolis/glossar.html>.